

Beirat Niederdeutsch - Plattdüütsche Raat för dat Land Bremen

7. Sitzung

am 27. November 2018

im Haus der Bürgerschaft

Anwesend:

Herr Weber

Präsident der Bremischen Bürgerschaft

Vertreter der niederdeutschen Dachorganisation in Bremen und Bremerhaven:

Herr Henschen

Bundesraat för Nedderdüütsch

Herr Block

Institut für niederdeutsche Sprache

Frau Poppe
Frau Schernich

De Runne Disch Plattdüütsch for Bremen un
Bremerhaben

Frau Heibült

Plattdeutsche Vereine

Herr Rehder-Plumpe

Bürger- und Heimatvereine

Frau von Düzeln

Landesinstitut für Schule

Vertreter der Fraktionen:

Abg. Frau Rosenkötter

SPD (ab TOP 4)

Abg. Herr Dr. Buhlert

FDP (übernimmt den Vorsitz ab TOP 7)

Abg. Herr Tuncel

DIE LINKE

Vertreter der Ressorts:

Frau Schroth

von der Senatorin für Kinder und Bildung

Herr Dr. Mackeben

vom Senator für Kultur

Herr Kleen

von der Bürgerschaftskanzlei

Frau Dierkes

von der Bürgerschaftskanzlei (Protokoll)

Beratungsgegenstände:

1. Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.03.2018
3. Berichte aus den Ressorts
4. Wahlprüfsteine des Runnen Disch
5. Aufbau und Aktivitäten des Länderzentrums (LzN)
6. Perspektiven des INS
7. Expertenkommentar zum 6. Staatenbericht
8. Netzwerk Plattdeutsch für Bremen
9. Plattdeutsch in der Pflege
10. Verschiedenes

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 16.03 Uhr.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird erweitert um den Punkt „Berichte aus den Ressorts“. Der Beirat kommt überein, diesen an den Anfang der Beratungen zu stellen.

2. Genehmigung des Protokolls vom 16.03.2018

Das Protokoll der Sitzung vom 16.03.2018 wird genehmigt.

3. Berichte aus den Ressorts

Senatorin für Kinder und Bildung

Frau Schroth berichtet von einer Vernetzung der Schulen mit dem Länderzentrum für Niederdeutsch (LzN). Frau Nölting habe bei einem Besuch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit dargestellt. Bis Ostern 2019 sollen mit den Schulen Podcasts zu bestimmten Themen erstellt werden, diese sollen über die Touristik-Zentrale eingespielt werden.

Weiterhin seien vier Grundschulen und das Gymnasium Vegesack für das Profil „Niederdeutsch“ am Start, das Gymnasium Vegesack wolle eine Fortführung des Profils in Schönebeck und für Burgdamm anbieten. Dies müsse aus Krankheitsgründen verschoben werden, man hoffe, dass das Angebot zum 1. Februar 2019 wieder aufgenommen werden könne.

Das Gymnasium Obervieland sei prädestiniert, das Profil von Arsten weiterzuführen und sei bereits jetzt über das Projekt Bewerbungsförderung und das Schattenprojekt mit der Grundschule Arsten verbunden, so dass sie hoffe, das zum nächsten Sommer ausweiten zu können. Die personelle Frage sei aber noch ungeklärt. Weiterhin gebe es eine Initiative der Oberschule Roter Sand, Niederdeutsch in Zusammenhang mit einem Fahrradkurs anzubieten.

Daneben solle es weitere Fortbildungsangebote geben. Frau Nölting habe Kontakt zu niedersächsischen Stellen aufgenommen mit dem Ziel, Fortbildungsangebote in Niedersachsen mit dem Länderzentrum für Niederdeutsch und dem LIS zu verbinden.

Hierzu seien weitere Abstimmungen erforderlich. Sie hebt die Initiative von Frau Nöling hervor. Wünschenswert sei, dass das Gymnasium Vegesack, das Gymnasium Obervieland und die Oberschule Roter Sand zukünftig enger eingebunden werden können. Die Stunden für die Schulen seien weiterhin abgesichert.

Präsident Weber schätzt die Entwicklung als positiv ein.

Frau Schernich fragt nach, ob Erkenntnisse über den Fortgang der Vermittlung niederdeutscher Kenntnisse in der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern an der Universität bestehen.

Frau Schroth verneint dies. Hinsichtlich der personellen Entwicklung nach dem Weggang von Frau Jess, von dem sie auch überrascht worden sei, sei ihr nichts bekannt.

Abg. Herr Dr. Buhlert berichtet, dass die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern soweit fortgeschritten sei, dass dort Niederdeutsch-Kurse bis zur Oberstufe angeboten werden können. Entsprechendes Lehrmaterial müsse demnach vorhanden sein. Er fragt nach, ob im Bereich „Schule“ Fortbildungsangebote in Bremen und Niedersachsen gegenseitig anerkannt werden.

Frau Schroth sieht hierin kein Problem.

Herr Block erläutert, dass es seit gut einem Jahr an der Universität Greifswald das Kompetenzzentrum für Niederdeutschdidaktik gebe, an dem zahlreiche Fortbildungsmöglichkeiten entwickelt und durchgeführt werden. Die Nachfrage, speziell an den Schulen in Mecklenburg, sei größer als in Bremen. In Bremen werde das Angebot an der Universität weiterhin durch zwei vom Institut für niederdeutsche Sprache durchgeführte Lehrveranstaltungen sichergestellt. Diese sollen auch zukünftig angeboten werden.

Herr Henschen begrüßt aufgrund der umfangreichen Erfahrungen in Niedersachsen die Kombination von bremischen und niedersächsischen Fortbildungsangeboten. Bedingt durch eine neue Erlasslage werde in Niedersachsen an erheblich mehr Schulen Niederdeutsch angeboten. Dadurch sei der Fortbildungsbedarf erheblich gestiegen. Es bestehe die Befürchtung der Referenten, dass sie aufgrund des Umfangs der Veranstaltungen an ihre Grenzen stoßen. Um einen guten Lernerfolg erzielen zu können müsse überlegt werden, die Anzahl der Veranstaltungsteilnehmer zu begrenzen.

4. Wahlprüfsteine des Runnen Disch

Herr Henschen berichtet, dass die Resonanz der Parteien auf die anlässlich der Bürgerschaftswahl 2015 verschickten Wahlprüfsteine zufriedenstellend gewesen sei. Die daraufhin umgesetzten Maßnahmen seien in dieser Legislaturperiode zum Teil weitreichender gewesen als angekündigt. Er hebt insbesondere die Mitwirkung von plattdeutschen Institutionen in den Medienräten hervor. Die Ankündigungen für den Bildungsbereich seien allerdings wenig konkret gewesen, zudem sei die Umsetzung nicht zufriedenstellend. Dem Engagement von Frau Schroth sowie einiger Schulen sei es zu verdanken, dass es Fortschritte geben habe, politisch fehle es aber an Initiative, Kontinuität und Nachhaltigkeit. So könne z.B. Niederdeutsch als Schulfach bis heute nicht angeboten werden. Dies sei bedauerlich, hier gelte es, einen langen Atem zu haben. Es gebe seit mittlerweile 20 Jahren die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen, der auch Bremen beigetreten sei. Die Pflege der niederdeutschen Sprache müsse ein Segment bremischer Politik bleiben. Aus diesem Grunde habe sich De Runne Disch Plattdöötsch for Bremen un Bremerhaben im Vorfeld der anstehenden Bürgerschaftswahl 2019 erneut mit Wahlprüfsteinen an die Parteien in der Bremischen Bürgerschaft gewandt, um zu erfahren, wie sich diese in der nächsten Legislaturperiode politisch und praktisch für die niederdeutsche Sprache einsetzen werden.

Frau Schernich zeigt sich erfreut über die Ansätze im Bildungsbereich. Sie vermisse aber zum einen den Plattdeutsch-Lesewettbewerb, zum anderen halte sie auch die verstärkte Beteiligung Bremerhavens für erforderlich, da dort die Einbindung des niedersächsischen Umlandes gegebenenfalls noch mehr zur Etablierung des Plattdeutschen beitragen könne. Man müsse darüber hinaus weiterhin daran arbeiten, dass Niederdeutsch kein Nischendasein führe, sondern als Schulfach etabliert werde.

Herr Henschen betont in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit des Instituts für niederdeutsche Sprache und dessen Perspektiven.

5. Perspektiven des INS

Herr Block erläutert, dass für eine perspektivische Betrachtung die aktuelle Lage des Instituts unerlässlich sei. Es gebe das INS nach wie vor, sowohl als Arbeitsstätte als auch als Institution. Die Finanzierung erfolge gegenwärtig ausschließlich aus Eigen-

mitteln, Mitgliedsbeiträgen, geringfügigen Mitteln des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe sowie über zwei Projekte des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat. Es sei erfreulich, dass diese, wenn auch sehr kurzfristig, noch in diesem Jahr realisiert werden können. Zum einen handle es sich um die Ausstellung „Wi maakt Theater“, die nächsten Mittwoch in der Bürgerschaft eröffnet werde. Es handle sich um eine Wanderausstellung, die Einblick in das aktive Geschehen der plattdeutschen Bühnen in Norddeutschland insgesamt geben solle. Das zweite Projekt sei ein Kalender, der Worterklärungen liefere. Dieser werde in relativ großer Auflage gedruckt, sei kostenlos und beim INS bestellbar.

Die Projekte machten deutlich, dass das Ministerium des Inneren, für Bau und Heimat das Institut für förderungswürdig und förderungsfähig halte. Die personelle Situation des Instituts sei jedoch absolut angespannt. An eigenen Kräften verfüge man über eine halbe Bibliothekarstelle und eine 450 Euro-Kraft, mit denen der Betrieb der Bibliothek notdürftig sichergestellt werde. Daneben seien Frau Hansen sowie Herr Dr. Goltz in erheblichem Umfang ehrenamtlich tätig. Dies sei jedoch zeitlich befristet und biete keine Perspektive für die Zukunft.

Das finanzielle Rückgrat des Instituts seien die Immobilien im Schnoor, diese stellen aber gleichzeitig eine erhebliche Belastung dar, weil sie nach wie vor hochgradig renovierungs- und sanierungsbedürftig seien.

Trotz der finanziell und personell angespannten Situation habe man in diesem Jahr mit allen haupt- und ehrenamtlich Tätigen die Arbeit der Vergangenheit fortsetzen können. Das Lehrangebot an der Universität habe sichergestellt werden können und es seien mehr als 1000 Anfragen aus ganz Norddeutschland und darüber hinaus beantwortet worden. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Institut für Deutsche Sprache (IDS) in Mannheim zur Sprachstandserhebung sowie zur Auswertung von einzelnen Aspekten aus den Bereichen Theater, Schule und Kindergärten zu Sprachensituation und der Sprachverwendung in Norddeutschland werde fortgesetzt. Darüber hinaus betreibe man nach wie vor das Herzstück des Instituts, die Bibliothek mit Archiv, die – im hochdeutschen Sprachgebrauch – mit einer Nationalbibliothek vergleichbar sei. Es handle sich mit Abstand um den umfangreichsten und qualifiziertesten Bestand an niederdeutscher Literatur und niederdeutschen Medien. Auch dieser werde nach wie vor vorgehalten und für den Wissenschaftsbetrieb zugänglich gemacht. Das ist sei nicht einfach, aber bisher noch leistbar.

Das INS werde sich in Zukunft positionieren müssen. Man werde versuchen, sich aufgrund der großen Nachfrage auf den wissenschaftlichen Bereich konzentrieren. Die Mitwirkung in der Lehrerfortbildung, die in der Vergangenheit nicht nur in Bremen, sondern auch in Niedersachsen einen großen Raum eingenommen habe, könne aus personellen Gründen nicht mehr in dem bisherigen Ausmaß fortgeführt werden. Das sei aber auch in der Aufgabenteilung mit dem Länderzentrum begründet.

Zusammen mit dem Länderzentrum sollen gemeinschaftliche Aktionsfelder gefunden werden. Dies sei vor dem Hintergrund der personellen Situation des INS schwierig. Man habe auf zusätzliche Einnahmen aufgrund der Nutzung der Bibliothek durch das Länderzentrum gehofft, hieran bestehe jedoch gegenwärtig kein Bedarf.

Ein wesentlicher Aspekt für die Zukunft werde die Zusammenarbeit mit dem Institut für Deutsche Sprache (IDS) sein. Im Rahmen eines Kooperationsgespräches sei im Mai vereinbart worden, die Universität Bremen in diese Zusammenarbeit einzubeziehen. Das IDS habe ein großes Interesse daran, den niederdeutschen Sprachraum intensiver zu erforschen. Es bestehe das Angebot, zwei Wissenschaftlerstellen des Instituts dauerhaft in Bremen anzusiedeln. Voraussetzung für die Kooperation sei die Sicherstellung einer Teilfinanzierung der Gesamtkosten am Sitzland. Es handele sich dabei um 25 Prozent der Gesamtkosten, insgesamt circa 45.000 Euro. Mit der Teilfinanzierung und damit einhergehend der Kooperation mit dem IDS könne der Fortbestand des Instituts gesichert werden. Dies könne sich auch positiv auf Projektmittel des Bundes auswirken, da bei der Vergabe von Projekten auf eine dauerhafte Existenz des Instituts abgestellt werde und Finanzierungen durch den Bund immer subsidiär seien.

Gegenstand der Überlegungen zur finanziellen Absicherung des Instituts sei auch das Vereinsvermögen. Bereits in der letztjährigen Mitgliederversammlung haben die Mitglieder sich dafür ausgesprochen, sofern erforderlich, die Liegenschaften im Schnoor zu belasten um den Haushalt abzusichern. Dies sei in diesem Jahr nicht erforderlich geworden, es sei aber absehbar, dass sich die finanzielle Situation im nächsten Jahr anders darstelle. Dann sei nicht auszuschließen, dass die Immobilien beliehen werden müssen, um den Verein zu retten. Damit könne keine langfristige Lösung herbeigeführt werden, gleichwohl habe man das Votum der Mitglieder, die Existenz des Vereins mit dieser Maßnahme vorerst abzusichern. Sollte die Finanzierung des Instituts in Bremen nicht auf Dauer gesichert werden können, müsse der Verein in einem letzten Schritt darüber nachdenken, das Sitzland zu wechseln, um dort möglicherweise zu anderen Ergebnissen zu kommen.

Herr Henschen macht deutlich, wie wichtig es vor diesem Hintergrund sei, die Parteien im Vorfeld der anstehenden Bürgerschaftswahl mittels der Wahlprüfsteine zu ihrer Haltung gegenüber dem Institut für niederdeutsche Sprache zu befragen. Es sei zu hoffen, dass die Parteien sich klar positionieren und die Arbeit auch in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden könne. Er rege an, die von Herrn Block angesprochenen notwendigen finanziellen Mittel für das INS im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen zu beantragen.

Abg. Herr Tuncel fragt nach der konkreten Höhe der benötigten Haushaltsmittel.

Herr Block erläutert, dass neben den 45.000 Euro als Teilfinanzierung für die Zusammenarbeit mit dem IDS auch regelmäßig Mittel für den Erhalt und die Pflege der Bibliothek erforderlich seien. Insgesamt sei von einem Finanzierungsbedarf in Höhe von 100.000 Euro jährlich auszugehen. Er macht auf Nachfrage von **Abg. Frau Rosenkötter** deutlich, dass eine Beleihung der Immobilien im Schnoor dann erforderlich werde, wenn die Grundfinanzierung des Instituts nicht gesichert werden könne. Ohne die Sicherung des Instituts habe man keine Möglichkeit, Projektmittel für unterschiedliche Maßnahmen einzuwerben.

Abg. Frau Rosenkötter bestätigt, dass Projektmittel immer auch Eigenmittel erfordern. Sie halte einen Antrag zum Haushalt für sinnvoll und schlage vor, diesen zu konkretisieren und aufgrund der Außenwirkung auf die mögliche Kooperation mit dem IDS zu fokussieren.

Abg. Herr Dr. Buhlert unterstützt das Vorhaben. Die in Rede stehenden Stellen sollen längerfristig mit hochqualifiziertem Personal besetzt werden. Wenn Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter in Bremen gehalten werden sollen und Ziel die Etablierung von Niederdeutsch als Schulfach sei, müsse dies an der Universität und nicht an anderer Stelle geschehen. Er sehe darin eine Chance, das Thema an der Universität voran zu bringen und das Fach Germanistik damit zu stärken.

Präsident Weber fasst zusammen, dass der Beirat Niederdeutsch unter der Federführung von Herrn Block rechtzeitig zu Beginn der Haushaltsberatungen einen entsprechenden Antrag vorbereiten wird, der den Fraktionen zur Beratung vorgelegt wird und macht die Unterstützung der im Beirat vertretenen Abgeordneten deutlich.

Herr Rehder-Plumpe fragt nach, zu welchem Zeitpunkt das Institut in Erwägung ziehen werde, das Sitzland zu wechseln.

Herr Block macht deutlich, dass das nicht das Ziel sei und zunächst versucht werden solle, alle anderen Möglichkeiten auszuschöpfen. Von daher könne kein Zeitpunkt benannt werden. Er sei sehr erfreut über die Bereitschaft des Beirates, das Institut zu unterstützen und einen entsprechenden Antrag einzubringen.

6. Expertenkommentar zum 6. Staatenbericht

Herr Henschen führt in den Tagesordnungspunkt ein. Der Expertenkommentar liege bis heute nicht vor, werde aber erwartet, so dass er vorschlage, vor der Bürgerschaftswahl eine weitere Beiratssitzung zu terminieren um diesen auszuwerten. Sollte dies nicht möglich sein, schlage De Runne Disch Plattdüütsch for Bremen un Bremerhaben vor, den Kommentar mit entsprechenden Hinweisen und Fragestellungen an die Politikerinnen und Politiker im Beirat weiterzuleiten, um möglichst eine Beratung in der Bürgerschaft herbeizuführen. Unabhängig davon sei eine weitere Beiratssitzung wünschenswert, um eine Bilanz für diese Legislaturperiode zu ziehen.

Abg. Herr Dr. Buhlert stellt fest, dass der Vorschlag, eine weitere Beiratssitzung vor der Bürgerschaftswahl einzuberufen auf allgemeine Zustimmung trifft. Er möchte wissen, ob und in welchem Umfang es einen Abschlussbericht an die Bürgerschaft geben solle. Aus seiner Sicht sei ein Kurzbericht ausreichend, mit dem deutlich gemacht werde, was in dieser Legislaturperiode erreicht wurde und der die Empfehlung beinhalten solle, die Arbeit des Beirates in der nächsten Legislaturperiode fortzuführen.

Herr Henschen begrüßt den Vorschlag von **Abg. Herrn Dr. Buhlert** und stimmt dem Vorgehen zu.

Herr Kleen kündigt an, dass die Verwaltung in Abstimmung mit De Runne Disch für Plattdüütsch in Bremen un Bremerhaben einen entsprechenden Bericht vorbereiten und in der nächsten Sitzung vorlegen wird.

7. Netzwerk Plattdeutsch für Bremen

Herr Henschen verweist auf die ausliegenden Publikationen, insbesondere die Übersicht „Plattnetzwerken in Bremen und Bremerhaven“ (**Anlage 1**), diese habe ihren Ursprung im Bundesrat für Nedderdüütsch, in dem Plattdeutschlobbyisten aus den 8 Bundesländern vertreten seien. Dank ausreichender Initiativen und Mittel des Bundes habe der Bundesrat für Nedderdüütsch im vergangenen Jahr ein Sekretariat für Niederdeutsch mit Sitz in Hamburg einrichten können. Hier werde derzeit eine Übersicht über die Situation in den beteiligten Ländern erarbeitet. Die Blätter hierzu seien jeweils in den acht beteiligten Bundesländern erstellt worden. Ziel sei es, Überschneidungen zu lokalisieren. Dies sei insbesondere der Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Inneren, für Bau und Heimat nützlich, das die Umsetzung der Sprachencharta federführend begleite.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit seien die jeweiligen Elemente gruppiert worden, dabei sei auffällig, dass es nicht nur ein Netzwerk gebe, sondern unterschiedliche Netzwerke mit verschiedenen Bestandteilen. Er bitte die Mitglieder des Beirates, die Übersicht zu prüfen und evtl. fehlende Organisationen oder falsche Bezeichnungen per E-Mail mitzuteilen.

8. Plattdeutsch in der Pflege

Abg. Frau Rosenkötter berichtet von einer Veranstaltung in Hamburg zum Thema „Plattdeutsch in der Pflege“ sowie Gesprächen mit der Bremer Heimstiftung und der AWO. Wesentliches Thema sei die Umsetzung in den Einrichtungen gewesen. Im Bereich der Bremer Heimstiftung gebe es vereinzelt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Plattdeutsch sprechen oder mindestens verstehen können. Derzeit gebe es in fünf Einrichtungen Bewohnerinnen oder Bewohner, die plattdeutsch sprechen. In drei Einrichtungen gebe es regelmäßige Gesprächskreise. Bei der AWO seien keine Auswertungen vorhanden, sie sei aber auch in Stadtteilen präsent, in denen andere Themen eine Rolle spielen. Es sei deutlich geworden, dass derzeit bei allen Trägern das Thema Pflegekräfte zu finden und in den Einrichtungen zu halten ganz oben auf der Agenda stehe.

Wichtig sei es, neben dem Pflegepersonal in den Senioreneinrichtungen auch die „grünen Damen“ in den Krankenhäusern zu sensibilisieren, da in den bremischen Krankenhäusern in erheblichem Maße Patientinnen und Patienten aus dem niedersächsischen Umland mit entsprechendem Sprachhintergrund behandelt werden. Dies werde sie aufgreifen.

Es sei festzustellen, dass in vielen Einrichtungen dem Thema sowohl bezogen auf das Pflegepersonal, als auch als Angebot für die Bewohnerinnen und Bewohner Bedeutung beigemessen werde. Es gebe zahlreiche Publikationen, die das Personal in ihrer Arbeit unterstützen können. Schwierig sei es in diesem Zusammenhang, dass sehr viele engagierte Pflegekräfte einen Migrationshintergrund haben und oftmals nicht über ausgeprägte deutsche Sprachkenntnisse verfügen. In solchen Fällen könnten Gesprächskreise zielführend sein.

Herr Henschen verweist auf die E-Mail von Frau Jess vom Senator für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 20.11.2018, in der sie auf Änderungen aufgrund des Pflegeberufgesetzes verweist. Die Frage sei, wie die plattdeutsche Sprache im Rahmen der generalistische Ausbildung in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege in die Planungs- und Entwicklungsprozesse eingebracht werden könne. In der Pflege gehe es um kulturnahe Pflege, um Pflege in der Muttersprache. Insofern sei es positiv zu bewerten, dass auch Menschen mit Migrationshintergrund in der Pflege tätig seien. Auch deren Muttersprache sei in den Einrichtungen gefragt.

Abg. Frau Rosenkötter betont, dass das Thema kultursensible Pflege eine große Rolle spiele. Das betreffe alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft. Die Frage sei, ob man die plattdeutsche Sprache in dem Segment kultursensible Pflege etablieren könne. Sie räume dem größere Chancen ein als einem Curriculum Niederdeutsch.

Herr Henschen meint, dass dies in der Praxis möglicherweise mit Hilfe von Leitlinien umgesetzt werden könne.

Abg. Herr Dr. Buhlert hält den Ansatz der kultursensiblen Pflege insbesondere im Hinblick auf an Demenz erkrankte Patientinnen und Patienten für wichtig. Die generalistische Ausbildung ende nach zwei Jahren, anschließend folge die Spezialausbildung, so dass noch Zeit für die Umsetzung sei. Wichtig sei, dass die Pflegenden im Alltag auch genügend Raum dafür erhalten.

9. Aufbau und Aktivitäten des Länderzentrums (LzN)

Herr Henschen berichtet, dass das LzN zwischenzeitlich seine Arbeit aufgenommen habe. Ein Schwerpunkt liege im schulischen Bereich. Dies sei begrüßenswert, da es sich um das Handlungsfeld handele, das am meisten Stütze und Förderung benötige. Der Beirat des LzN habe bisher einmal getagt, Bremen sei durch Frau Heibült sowie

Frau Claßen, Kulturhaus Walle, vertreten. Das LzN sei Gegenstand einer Besprechung der zuständigen Länderreferenten gewesen. Im Ergebnis sei festgestellt worden, dass das Zentrum derzeit die vorgegebenen Aufgaben nicht vollständig erfüllen könne. Es sei daher eine Überprüfung notwendig, ob die ursprüngliche Auftragsformulierung dauerhaft tragbar sei.

Frau Heibült informiert über die erste Beiratssitzung. Das Länderzentrum habe sich zu dem Zeitpunkt noch im Aufbau befunden. Frau Nölting habe über die Aufgaben des LzN informiert und ihr Interesse an der Zusammenarbeit mit dem INS betont. Gleichzeitig habe sie deutlich gemacht, dass sie, auch im Fortbildungsbereich, verstärkt auf Digitalisierung setzen wolle.

Herr Dr. Mackeben berichtet von der am Vortag stattgefundenen Aufsichtsrats- und Gesellschafterversammlung unter Beteiligung aller Ländervertreter. Aus unterschiedlichen, nicht durch das Länderzentrum zu vertretenden Gründen, habe das LzN den Betrieb erst Mitte des Jahres aufnehmen können. Dadurch können die für das Jahr 2018 zur Verfügung stehenden Mittel nicht vollumfänglich verausgabt werden. Es bestehe unter den Ländern Einigkeit darüber, dass dieses Geld für Projekte zur Verfügung stehen solle. Der Schwerpunkt liege derzeit im Bereich der Bildungsmaßnahmen für Lehrer und Schüler, geplant seien z.B. länderübergreifende Lehrwerke für die Sekundarstufe I, Planung von webbasierten Fortbildungen, Erstellung von Schulbüchern, Entwicklung von weiteren E-Learning-Projekten. In Zusammenarbeit mit der Muthesius-Kunsthochschule in Schleswig-Holstein sei eine Plakataktion initiiert worden. Zwischenzeitlich sei das Länderzentrum personell voll ausgestattet und entsprechend handlungsfähig.

Zusammenfassend lasse sich feststellen, dass das Länderzentrum in der Kürze der Zeit in den Bereichen Bildung und Vernetzung mit den Institutionen in den jeweiligen Ländern – auch in Mecklenburg-Vorpommern, das nicht zu den Gesellschafterländern des Länderzentrums gehöre – bereits einiges erreicht habe. Ein Ziel sei auch die Zusammenarbeit mit dem Bundesrat für Nedderdütsch. Die zentrale Aufgabe des Länderzentrums liege darin, Verknüpfungen herzustellen zwischen allen, die sich mit der niederdeutschen Sprache beschäftigen um daraus Impulse zu erarbeiten, aufzunehmen und zu transportieren um damit Zugänge zum Thema zu ermöglichen. Zu den Themenschwerpunkten verweist er auf das in der **Anlage 2** beigefügte Konzept „Der Aufbau des Länderzentrums für Niederdeutsch (LzN)“. Die beteiligten Länder seien übereinstimmend der Auffassung, dass das Länderzentrum seine Kernaufgaben erfüllen werde. Begrüßt werde auch eine gute Zusammenarbeit mit dem INS.

Herr Block zeigt sich an einer Zusammenarbeit sehr interessiert, macht aber nochmals deutlich, dass das INS aufgrund der mangelnden Ressourcen derzeit wenig kooperationsfähig sei.

10. Verschiedenes

Nachfolge von Frau Bremicker

Herr Kleen fragt nach, wer nach dem Ausscheiden von Frau Bremicker Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für den Beirat sein wird.

Herr Dr. Mackeben erwidert, dass die Stelle ab Januar 2019 mit Frau Tacke besetzt werde, die dann auch Ansprechpartnerin für den Beirat sei. Zum beruflichen Hintergrund von Frau Tacke gibt er an, dass diese thematisch nicht aus dem Bereich „Niederdeutsch“ sondern aus dem literaturwissenschaftlichen Bereich komme.

(Schluss der Sitzung 17:35 Uhr)

Christian Weber
(Präsident der Bremischen Bürgerschaft)